

Abschnitt I: Angaben des Bieters

Name:	
Rechtsform:	
Straße:	
PLZ, Ort:	
Telefon:	
Fax (für den Zuschlag):	
E-Mail:	
Ansprechpartner für die Vertragsdurchführung:	

Ggf. abweichende Kontaktdaten des Ansprechpartners für die Vertragsdurchführung

Straße:	
PLZ, Ort:	
Telefon:	
Fax:	
E-Mail:	

Beteiligung als kleines oder mittleres Unternehmen (KMU)

Handelt es sich bei dem Bieter um ein Kleinstunternehmen, ein kleines Unternehmen oder ein mittleres Unternehmen ¹ ?	☐ Ja ☐ Nein
---	---

¹ Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.05.2003, S. 36). Diese Angabe wird nur für statistische Zwecke verlangt.

Kleinstunternehmen: Unternehmen, die **weniger als 10 Personen beschäftigen** und deren Jahresumsatz und/oder Jahresbilanzsumme **2 Mio. Euro nicht übersteigt**.

Kleine Unternehmen: Unternehmen, die **weniger als 50 Personen beschäftigen** und deren Jahresumsatz und/oder Jahresbilanzsumme **10 Mio. Euro nicht übersteigt**.

Mittlere Unternehmen: Unternehmen, bei denen es sich weder um Kleinstunternehmen noch um kleine Unternehmen handelt, die **weniger als 250 Personen beschäftigen** und deren Jahresumsatz **50 Mio. Euro nicht übersteigt** und/oder deren Jahresbilanzsumme **43 Mio. Euro nicht übersteigt**.

Beachte: Maßgeblich ist das Unternehmen als Rechtssubjekt (GmbH, e. V. etc.). Ihre Angabe darf sich **nicht** nur auf einzelne Niederlassungen oder Standorte (Unternehmensteile) ohne rechtliche Selbständigkeit beziehen.

Abschnitt II: Eigenerklärungen als Beleg für das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen, als Zusicherung der Einhaltung von Ausführungsbedingungen und in Bezug auf die Trägerzulassung

Der Bieter erklärt zu folgenden **Ausschlussgründen**:

1. Gründe im Zusammenhang mit einer strafrechtlichen Verurteilung

Ich versichere, dass keine **Person**, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) meinem Unternehmen zuzurechnen ist², rechtskräftig verurteilt oder gegen mein **Unternehmen selbst** keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat³ nachstehender Art:

- 1.1 Bildung krimineller Vereinigungen, Bildung terroristischer Vereinigungen, Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland,
- 1.2 Terrorismusfinanzierung oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs (StGB) zu begehen,
- 1.3 Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte,
- 1.4 Betrug, soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden; bei Anwendung der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO), soweit sich die Straftat gegen öffentliche Haushalte richtet,
- 1.5 Subventionsbetrug, soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden; bei Anwendung der UVgO, soweit sich die Straftat gegen öffentliche Haushalte richtet,
- 1.6 Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr und Gesundheitswesen,
- 1.7 Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern,
- 1.8 Vorteilsgewährung und Bestechung, jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB hinsichtlich ausländischer und internationaler Bediensteter,
- 1.9 Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr oder
- 1.10 Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft und Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung,

wobei die Verurteilung höchstens fünf Jahre zurückliegt oder ein unmittelbar im Urteil festgelegter Ausschlusszeitraum noch nicht verstrichen ist.

2. Gründe im Hinblick auf die Entrichtung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen

Ich versichere, dass ich allen meinen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Entrichtung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowohl in Deutschland als auch in meinem Niederlassungsstaat – sofern es sich um einen anderen Niederlassungsstaat als Deutschland handelt – nachgekommen bin.

3. Gründe im Zusammenhang mit sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen

Mir ist bekannt, dass nach den folgenden spezialgesetzlichen Ausschlussregelungen

- 3.1 gemäß § 21 Abs. 1 des **Arbeitnehmer-Entsendegesetzes** (AEntG) Bieter von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag für eine angemessene Zeit bis zur nachgewiesenen Wiederherstellung ihrer Zuverlässigkeit ausgeschlossen werden sollen, die wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG mit einer **Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro**

² Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person **als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt** hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung (§ 123 Abs. 3 GWB).

³ Aufzählung in § 123 Abs. 1 GWB unter Angabe der einzelnen Strafnormen. Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des § 123 Abs. 1 GWB stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den **vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten** gleich (§ 123 Abs. 2 GWB). Eine Vergleichbarkeit ist gegeben, wenn diese inhaltlich einer Verurteilung nach den in Artikel 57 Abs. 1 der Richtlinie 2014/24/EU genannten Tatbeständen entsprechen.

belegt worden sind. Das Gleiche gilt auch schon vor Durchführung eines Bußgeldverfahrens, wenn im Einzelfall angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung besteht.

- 3.2 gemäß § 19 Abs. 1 des **Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG)** Bewerber von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag für eine angemessene Zeit bis zur nachgewiesenen Wiederherstellung ihrer Zuverlässigkeit ausgeschlossen werden sollen, die wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG mit einer **Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro** belegt worden sind.

Ich versichere, dass solche vorgenannten Strafen oder Bußen während der letzten zwei Jahre gegen mich **nicht verhängt** worden sind und ich mit **keiner temporären Auftragssperre** belegt worden bin.⁴

- 3.3 Das Unternehmen hat meines Wissens bei der Ausführung öffentlicher Aufträge auch **nicht gegen seine sonstigen arbeits- und sozialrechtlichen Verpflichtungen** verstoßen.⁵

4. Gründe im Zusammenhang mit Insolvenz

Ich versichere, dass sich mein Unternehmen **in keiner der folgenden Situationen** befindet:

- 4.1 Es ist **zahlungsunfähig**.
4.2 Über das Vermögen des Unternehmens ist ein **Insolvenzverfahren** oder ein vergleichbares Verfahren **beantragt** worden.
4.3 Über das Vermögen des Unternehmens ist ein **Insolvenzverfahren** oder ein vergleichbares Verfahren **eröffnet** worden.
4.4 Die **Eröffnung** eines solchen Verfahrens ist mangels Masse **abgelehnt** worden.
4.5 Es befindet sich im Verfahren der **Liquidation** oder hat seine Tätigkeit eingestellt.

5. Gründe im Zusammenhang mit anderen schweren beruflichen Verfehlungen

Ich versichere, dass das Unternehmen⁶ im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die dessen Integrität in Frage gestellt wird, u.a.

- 5.1 weil für eine zu einem zwingenden Ausschlussgrund führenden Straftat nach II.1 ein Strafverfahren anhängig ist, aber noch keine rechtskräftige Verurteilung vorliegt,
5.2 weil eine schwerwiegende Straftat im Geschäftsverkehr begangen wurde, die nicht unter II.1 aufgeführt ist, insbesondere Diebstahl, Unterschlagung, Erpressung, Untreue und Urkundenfälschung oder
5.3 weil eine schwerwiegende Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung oder gegen die öffentliche Ordnung begangen wurde, die nicht unter II.1 aufgeführt ist, insbesondere Volksverhetzung.

6. Gründe im Zusammenhang mit wettbewerbsverzerrenden Verhaltensweisen

Ich versichere, dass mein Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, u.a. die Beteiligung an Absprachen über Preise oder Preisbestandteile, verbotene Preisempfehlungen, die Beteiligung an Empfehlungen oder Absprachen über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über die Aufrechnung von Ausfallentschädigungen sowie über Gewinnbeteiligung und Abgaben an andere Bewerber.

Falls Sie eine oder mehrere der **vorstehenden Erklärungen in II.1 bis II.6 nicht wie gefordert abgeben** können, ist dies im Abschnitt III anzugeben und näher zu begründen.

⁴ Bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro fordert die Vergabestelle für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine **Auskunft aus dem Gewerbezentralregister** nach § 150a der Gewerbeordnung (GewO) an. Umfasst
⁵ sind gemäß Artikel 18 Abs. 2 der Richtlinie 2014/24/EU alle für das Unternehmen geltenden sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen, die durch Rechtsvorschriften der Union, einzelstaatliche Rechtsvorschriften, aber auch durch **für das Unternehmen verbindliche Tarifverträge** festgelegt sind.
⁶ § 123 Abs. 3 GWB gilt entsprechend (vgl. Fußnote 2).

7. Gründe im Zusammenhang mit Auskünften und Informationen

Ich bestätige, dass mein Unternehmen

- 7.1 in Bezug auf seine Auskünfte zur Überprüfung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen und der Einhaltung der Eignungskriterien keine schwerwiegende **Täuschung** begangen oder keine derartigen Auskünfte **zurückgehalten** hat, sowie in der Lage sein wird, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- 7.2 nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
- 7.3 nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, und nicht versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Der Bieter erklärt zu folgenden **bei der Auftragsausführung einzuhaltenden Rechtsvorschriften**:

8. Schutz von personenbezogenen Daten und Sozialdaten

Ich verpflichte mich, im Auftragsfall alle erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Schutze von personenbezogenen Daten und Sozialdaten zu treffen (Art. 32 Abs. 1 Buchst. a bis d der EU-Datenschutz-Grundverordnung - DSGVO). Mir ist bekannt, dass sämtliche der nachfolgenden technischen und organisatorischen Maßnahmen gesetzliche Mindestanforderungen darstellen.

- 8.1 Der Auftragnehmer beachtet die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Datenverarbeitung. Er darf personenbezogene Daten und Sozialdaten (im Folgenden jeweils nur noch als „Daten“ bezeichnet) von Maßnahmeteilnehmern und Beschäftigten des Auftraggebers ausschließlich im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen und nach Weisungen des Auftraggebers verarbeiten. Der Auftragnehmer hat Daten zu berichtigen, in der Verarbeitung einzuschränken oder zu löschen, wenn der Auftraggeber dies verlangt.
- 8.2 Der Auftragnehmer ergreift Maßnahmen, damit Unbefugten der Zutritt zu seinen Datenverarbeitungsanlagen verwehrt ist. Entsprechende Räumlichkeiten sind im Regelfall abgeschlossen; die Vergabe von Schlüsseln wird ständig dokumentiert und kontrolliert.
- 8.3 Der Auftragnehmer ergreift Maßnahmen, damit seine Datenverarbeitungssysteme einschließlich der PC-Arbeitsplätze nicht von Unbefugten betreten oder genutzt werden können. Die Daten sind vor unbefugten Zugriffen Dritter sowie vor Computerviren etc. zu schützen.
- 8.4 Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die zur Benutzung seiner Datenverarbeitungssysteme berechtigten Personen ausschließlich auf diejenigen Daten zugreifen können, die ihrer jeweiligen sachlichen und fachlichen Zugriffsberechtigung unterliegen. Auf Daten von Maßnahmeteilnehmern und Beschäftigten des Auftraggebers dürfen nur mit der Durchführung der jeweiligen Maßnahme betraute Mitarbeiter des Auftragnehmers Zugriff haben.
- 8.5 Der Auftragnehmer sichert zu, dass in der Kommunikation mit dem Auftraggeber Daten nur schriftlich oder per E-Mail übermittelt werden.
- 8.6 Der Auftragnehmer kontrolliert, – unbeschadet seiner fortbestehenden vertraglichen Haftung gegenüber dem Auftraggeber – bei Unterauftragnehmern, ob der Schutz der ihm anvertrauten Daten der Maßnahmeteilnehmer und Beschäftigten des Auftraggebers in gleicher Weise gewährleistet ist.
- 8.7 Der Auftragnehmer bestellt einen betrieblichen Datenschutzbeauftragten, sofern die Voraussetzungen für eine Bestellung vorliegen (vgl. § 38 BDSG). Er benennt diesen dem Auftraggeber.

9. Einhaltung geltender zwingender Mindestarbeitsbedingungen

Ich verpflichte mich, im Auftragsfall die in meinem Unternehmen eingesetzten Arbeitnehmer/-innen nicht unter den für sie jeweils geltenden Mindestentgelt-Regelungen zu entlohnen und alle weiteren gesetzlichen Pflichten eines Arbeitgebers zur Gewährung von zwingenden Arbeitsbedingungen zu erfüllen.

Der Bieter erklärt zur folgenden, **bei der Auftragsausführung einzuhaltenden, zusätzlichen Ausführungsbedingung:**

10. Abwehr von Einflüssen der Scientology-Organisation

Ich verpflichte mich, sicherzustellen, dass die zur Erfüllung des Auftrags eingesetzten Personen nicht die „Technologie von L. Ron Hubbard“ anwenden, lehren oder in sonstiger Weise verbreiten.

Abschnitt III: Vorliegen von Ausschlussgründen nach II.1 bis II.6

Ein Bieter hat in diesem Abschnitt **nur dann** Angaben zu machen, wenn er eine oder mehrere der Erklärungen in II.1 bis II.6 des vorstehenden Abschnitts II nicht wie gefordert abgeben kann⁷.

Name des Bieters:

Gründe im Zusammenhang mit einer strafrechtlichen Verurteilung (siehe II.1) liegen vor.	☐ Ja
Falls ja, machen Sie bitte folgende Angaben: - Datum der Verurteilung, Art der Straftat gemäß den Punkten 1.1 bis 1.10; Grund (Gründe) für die Verurteilung - Verurteilte Person - Soweit unmittelbar im Urteil festgelegt: Dauer des Ausschlusszeitraums und Tatbestand (Tatbestände) Sofern die einschlägigen Unterlagen elektronisch abrufbar sind, geben Sie bitte Web-Adresse, bescheinigende Stelle an sowie genaue Bezeichnung der Dokumente an:	
Im Falle einer Verurteilung: Hat das Unternehmen Maßnahmen getroffen, um trotz Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes seine Zuverlässigkeit nachzuweisen ⁸ („Selbstreinigung“)?	☐ Ja ☐ Nein Falls ja, bitte die Maßnahmen beschreiben:

Gründe im Hinblick auf die Entrichtung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen (siehe II.2) liegen vor.	☐ Ja
Falls ja, machen Sie bitte folgende Angaben: - Betroffenes Land bzw. betroffener Mitgliedsstaat - Wie hoch ist der fragliche Betrag? - Wie wurde der Verstoß gegen die bestehenden Verpflichtungen festgestellt? Sofern die Feststellung im Wege einer Gerichts- oder verwaltungsbehördlichen Entscheidung erfolgte:	

⁷ Verfahren Sie mit dieser Datei ggf. wie folgt: 1. Die Datei ist vollständig am Monitor auszufüllen. 2. Die Datei ist auszudrucken. 3. Der ausgefüllte Ausdruck ist in ein elektronisches Dokument zu überführen (z.B. durch Einscannen, digitale Fotografie, PC-Fax usw.). Die so erstellte Datei ist als Datei D.2 mit dem Angebot zu übermitteln. Als Dateiformat sind elektronisch allgemein lesbare Formate zu verwenden (z.B. .tif, .jpeg, .pdf etc.).

⁸ Aus der Beschreibung sollte hervorgehen, dass die betreffenden Maßnahmen in Anbetracht der Art der begangenen Straftaten (punktuell, wiederholt, systematisch ...) angemessen sind.

- Ist diese Entscheidung endgültig und verbindlich? - Datum der Verurteilung bzw. der Entscheidung - Im Falle einer Verurteilung: Soweit darin unmittelbar festgelegt, Dauer des Ausschlusszeitraums: Auf andere Weise (bitte präzisieren): • Ist das Unternehmen seinen Verpflichtungen nachgekommen, indem es die Zahlung vorgenommen hat oder eine verbindliche Vereinbarung im Hinblick auf die Zahlung der fälligen Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge – ggf. einschließlich etwaiger Zinsen oder Strafzahlungen – eingegangen ist?	☐ Ja ☐ Nein Falls ja, bitte näher ausführen:
Sofern die einschlägigen Unterlagen über die Zahlung von Steuern und Sozialabgaben elektronisch abrufbar sind, geben Sie bitte Web-Adresse, bescheinigende Stelle und genaue Bezeichnung der Dokumente an:	
Gründe im Zusammenhang mit sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen (siehe II.3) liegen vor.	☐ Ja
Falls ja, bitte näher ausführen:	
Hat das Unternehmen Maßnahmen getroffen, um trotz des Vorliegens dieses Ausschlussgrundes seine Zuverlässigkeit nachzuweisen („Selbstreinigung“)?	☐ Ja ☐ Nein Falls ja, bitte die Maßnahmen beschreiben:
Gründe im Zusammenhang mit Insolvenz (siehe II.4) liegen vor.	☐ Ja
Falls ja, bitte konkrete Art der Situation gemäß den Punkten 4.1 bis 4.5 benennen und näher ausführen: Erläutern Sie dabei bitte, warum das Unternehmen unter Berücksichtigung der geltenden nationalen Vorschriften und Maßnahmen betreffend die Fortführung der Geschäftstätigkeit unter diesen	

Umständen dennoch in der Lage ist, den Auftrag zu erfüllen.	
Sofern die einschlägigen Unterlagen elektronisch abrufbar sind, geben Sie bitte Web-Adresse, bescheinigende Stelle und genaue Bezeichnung der Dokumente an:	
Gründe im Zusammenhang mit anderen schweren beruflichen Verfehlungen (siehe II.5) liegen vor.	☐ Ja
Falls ja, bitte näher ausführen:	
Hat das Unternehmen „selbstreinigende“ Maßnahmen getroffen?	☐ Ja ☐ Nein Falls ja, bitte die Maßnahmen beschreiben:
Gründe im Zusammenhang mit wettbewerbsverzerrenden Verhaltensweisen (siehe II.6) liegen vor.	☐ Ja
Falls ja, bitte näher ausführen:	
Hat das Unternehmen „selbstreinigende“ Maßnahmen getroffen?	☐ Ja ☐ Nein Falls ja, bitte die Maßnahmen beschreiben: